

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

16. – 18. Dezember 2009

MdL Peter Ritter

TOP 35
Kein Ende in der Aufarbeitung der SED-Diktatur
Drucksache 5/3014

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

ich bin der FDP-Fraktion durchaus dankbar für die Vorlage dieses Antrages.
Bietet er doch die Gelegenheit,

1. die Frage zu beantworten, wer Interesse an einem Ende der Aufarbeitung der SED-Diktatur hat
2. zu hinterfragen, ob die Bewertung der Geschichte zwischen 1945 und 1989 allein ausreichend mit der Aufarbeitung der SED- Diktatur zu bewältigen ist
3. aufzuzeigen, wie die einzelnen Parteien ihre Geschichte in der DDR bewertet und aufgearbeitet haben und
4. deutlich zu machen, dass wir im Umgang mit der Geschichte der DDR, der Bewertung der Verantwortung der SED schon einmal weiter waren.

Der vorliegende Antrag gibt mir aber auch die Möglichkeit, an die Debatten des außerordentlichen Parteitages der SED/PDS zu erinnern, der genau heute vor 20 Jahren stattfand.

Der erste Punkt ist aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion schnell zu beantworten:

Wir haben kein Interesse an einem Ende der Aufarbeitung unserer Geschichte.
Es liegt im Interesse unserer Glaubwürdigkeit unsere Vergangenheit und unsere Verantwortung immer wieder zu hinterfragen.

Ausgangspunkt dafür war und bleibt der bereits erwähnte außerordentliche Parteitag der SED/PDS vor nunmehr 20 Jahren.

Auf diesem Parteitag hat sich meine Partei gegenüber dem Volk der DDR für die Deformation der sozialistischen Gesellschaft, den Machtmissbrauch und die Verletzung von Menschenrechten entschuldigt.

Damit verbunden war die Erklärung des unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus als System.

In einem für mich heute noch immer bemerkenswerten Referat formulierte damals Michael Schumann für den Arbeitsausschuss der Partei:

„Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte.“

Schumann forderte:

„Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonderen Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.“

Was sich hier heute leicht zitieren lässt, war 1989 der Beginn einer oft schmerzlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und Verantwortung.

Für mich als damals 30-jährigen, wog die Erkenntnis schwer, dass ich für 40 Jahre SED-Politik in Verantwortung genommen wurde.

Für die Generation meiner Großeltern und Eltern war dieser Auseinandersetzungsprozess noch viel schwieriger. Für viele blieb von ihren Idealen einer anderen, gerechteren Gesellschaft nur ein Scherbenhaufen.

Verbunden mit der Erkenntnis, dass auch sie dafür Verantwortung tragen.

Aus diesem Prozess heraus ist für mich nicht erst seit heute klar:

Eine linke, eine demokratisch-sozialistische Partei kann und wird undemokratische, diktatorische, totalitäre Herrschaft nicht akzeptieren, verherrlichen oder verharmlosen.

Ein Ende der Aufarbeitung der Geschichte kann und darf es nicht geben.

Daraus ergibt sich für mich aber auch die Frage, ob die Aufarbeitung der Geschichte zwischen 1945 und 1989 allein mit der Bewertung der SED-Diktatur zu bewältigen ist.

Ich bin der Auffassung, dass diese Herangehensweise, die Beschränkung auf die SED-Diktatur, also auch deren Alleinverantwortung, zu kurz greift.

In einem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Tätigkeitsbericht der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989- Aufarbeitung und Versöhnung“ (Drs. 2/3377) heißt es:

„Vergangenheitsaufarbeitung in den Kategorien „Täter“ und „Opfer“ ist zu eng gefasst und nicht der Realität angemessen. Die Lebenssituation der meisten Menschen, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben, war mehrheitlich dazwischen angesiedelt und bewirkte, dass sie mit dem, was sie gelernt, geleistet und erfahren haben, durchaus Humanität und Menschenwürde im Alltag lebten.. Diese Lebensleistung gilt es anzuerkennen.“

Diese Enquetekommission, war für mich - damals Parlamentsneuling – ein wichtiger Punkt beim Versuch eine objektive Geschichtsaufarbeitung zu wagen.

Dass diese Enquete-Kommission kein leichtes Unterfangen war, zeigt folgende Reflexion aus der „Berliner Zeitung“ vom 11.April 1996:

„ Auf Drängen der Sozialdemokraten hatten sich SPD und CDU während der Koalitionsverhandlungen 1994 auf die Einrichtung der Enquetekommission verständigt. Sie besteht aus neun Abgesandten der Parteien sowie neun Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Vertretern von Opfernverbänden sowie der Kirchen. Aber nicht nur die PDS, auch die CDU zeigte von Anfang an kein gesteigertes Interesse: Schließlich stand auch die Geschichte der DDR-Blockparteien auf dem Programm.“

Das ist, wie gesagt, keine Bewertung von mir, sondern eine Betrachtung von außen.

Dennoch sollte sie uns alle auch noch heute nachdenklich stimmen.

Deshalb verstehe ich auch die Aufregung der CDU-Fraktion ob der Äußerungen des Chefs der Landesvertretung zur Vergangenheit der CDU nicht.

Mit der Bewertung der CDU als Blockpartei steht Staatssekretär Freund nicht allein da.

In einer Entschließung des Niedersächsischen Landtages, eingebracht von den Fraktionen von CDU und FDP zum 20.Jahrestag des Mauerfalls heißt es:

„Die demokratischen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone waren bereits kurz nach ihrer Gründung schweren Repressalien ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis sogar mit dem Leben bezahlen. Die demokratischen Parteien wurden als Blockparteien zwangsweise gleichgeschaltet... Gleichwohl haben die Blockparteien in der DDR als Teil des totalitären Systems der SED mitgewirkt.“

Als „geschichtsverdrehend“ empfinde ich das nicht.

Es macht mir jedoch deutlich, dass Aufarbeitung der DDR-Geschichte eben nicht nur auf die SED-Diktatur verkürzt werden kann.

Mir ist zwar egal, ob heutige Verantwortungsträger der CDU FDJ-Propagandisten oder Mitglied der SED waren, vielleicht aus Karrieregründen freiwillig bei der Grenzbrigade Küste oder als Politoffizier der NVA gedient haben.

Sie sollen aber bitteschön nicht so tun, als ob das alles nur Zwang oder gar nicht vorhanden war.

Geschichtsaufarbeitung und- bewertung wirkt sonst wenig glaubwürdig.

Meine Damen und Herren,
zu Beginn meiner Rede habe ich auf die Debatten in meiner Partei vor 20 Jahren aufmerksam gemacht.

Auch andere Parteien in der DDR befanden sich in dieser Zeit in einem intensiven Diskussionsprozess.

So ist in einem Artikel in der Freien Erde vom 09. Dezember 1989 über die NDPD, einer der Quellparteien der FDP im Osten, folgendes zu lesen:

„Auf der Mitgliederversammlung der NDPD in Altentreptow haben die Parteifreunde klare Standpunkte für die Durchsetzung echter Demokratie bezogen. Die Partei ist für einen Sozialismus als Leistungsgesellschaft in Arbeit und Verteilung.“

Ein, wie ich finde, interessanter Gedankengang.

Eine Feststellung, die wiederum verdeutlicht, dass Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte nicht auf die SED-Diktatur und ihre Verantwortungsträger reduziert werden kann.

Und wenn ich eingangs in Punkt 4 festgestellt habe, dass wir im Umgang mit der Geschichte der DDR schon einmal weiter waren, will ich neben der bereits genannten Enquete-Kommission auch auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS aus dem Jahre 1998 erinnern. Dort heißt es:

„SPD und PDS respektieren Unterschiedlichkeiten in ihren politischen Auffassungen und ihrer Programmatik sowie ihre unterschiedlichen Traditionen und ihre jeweilige Verantwortung für die Entwicklung in Deutschland. Sie treten gemeinsam dafür ein, dass sich Menschen in Deutschland versöhnen können. Dies kann nur durch eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung der deutschen Geschichte seit 1945 geschehen und nicht durch Verdrängung. Die PDS bekennt sich dazu, dass die SED für politisches Unrecht in der DDR verantwortlich war. Ziel der Aufarbeitung muss es sein, Brücken zu bauen und alle Menschen, die die Zukunft demokratisch und gerecht gestalten möchten, zur Mitarbeit am Aufbau Mecklenburg-Vorpommerns zu gewinnen.“

Brücken bauen.

Von diesem Anspruch ist Ihr Antrag, werte Kollegin und werte Kollegen der FDP-Fraktion ein Stück weit entfernt.

Nicht zu verstehen ist auch Ihre Halbherzigkeit.

Wenn Sie ernsthaft wollen, dass die Regelungen zur Stasi-Überprüfung weiter durch das Landesbeamtenengesetz geregelt bleiben soll, stellt sich die Frage, warum Sie dies nicht durch eine entsprechende Antragstellung zum Gesetzentwurf dokumentiert haben.

Mit Punkt 4 Ihres Antrages rennen Sie dagegen die sprichwörtlich offenen Türen ein.

Der von Schulen des Landes stark nachgefragte „Demokratie-Bus“ der Landeszentrale für politische Bildung oder Materialien wie „Die DDR im Schulunterricht“ sind Beispiele für eine bereits schon jetzt offene Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte.

Ihr Antrag dagegen greift, weil einseitig ausgerichtet, zu kurz.
Er ist inkonsequent. Und:

Er bleibt hinter dem bereits hier im Landtag schon einmal praktizierten Auseinandersetzungsprozess mit unserer Geschichte und der jeweiligen persönlichen Erfahrung und Verantwortung zurück.

Meine Fraktion wird sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten.